



Rechtsextremismus in der Polizei - zu viele Einzelfälle?

Donnerstag, 11. März 2021, Online-Veranstaltung

Die Veranstaltung „Rechtsextremismus in der Polizei - zu viele Einzelfälle?“ wurde am 11. Februar 2021 von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert und durchgeführt. Aufgrund der aktuellen Situation fand die Veranstaltung als Online-Diskussion statt.

Zu Beginn des Abends richtete Stephan Meuser, Leiter des Landesbüros Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung, das Wort an das Publikum und begrüßte die Gäste des Abends. Im Anschluss ergriff der seit 2013 amtierende, niedersächsische Innenminister Boris Pistorius das Wort. Er stellte sich zunächst hinter die deutsche Polizei und betonte, dass insbesondere die niedersächsischen Beamt_innen eine Polizei der Bürger_innen sei. Zudem sprach er den immensen Druck an, unter welchem viele Polizist_innen tagtäglich zu arbeiten hätten und dass es fatal wäre, die Verantwortlichkeit dieses Berufes herunterzuspielen. Letztendlich seien die Beamt_innen auch immer Verteidiger_innen und Botschafter_innen der Demokratie und des Rechtsstaates und die Mehrheit der Polizist_innen nehme diese Aufgabe ernst und verhalte sich auch entsprechend. Insbesondere der Anstieg von Rechtsextremismus und Populismus mache die Arbeit der Polizei unverzichtbar und aufgrund dieser Entwicklungen sie es richtig und notwendig, entsprechend hohe Ansprüche und Forderungen an die Polizei zu stellen. Gleichzeitig betonte Pistorius jedoch, dass die Debatte um die Thematik zwar wichtig ist und konsequent geführt werden müsse, doch müsse sie auch gleichzeitig sachlich bleiben und dieser Aspekt komme aus seiner Sicht leider häufig zu kurz. Schwierig sei vor allen Dingen,

dass es innerhalb des Diskurses zwei verhärtete Fronten gäbe: Zum einen gebe es diejenigen, die „(...) der Polizei nur Schlechtes zutrauen und sie unter Generalverdacht stellen und auf der anderen Seite diejenigen, die alle Probleme leugnen. Beide Lager helfen überhaupt nicht weiter.“ so Pistorius. Der Innenminister betonte, dass innerhalb der Polizist_innenausbildung großen Wert auf berufsethische und interkulturelle Aspekte gelegt werde und sowohl die Bürgernähe als auch der Einsatz gegen Diskriminierung fester Bestandteil der Eignungsprüfung seien. Ergänzt werde dieses durch eine strategische Ausrichtung und andauernde Aus- und Weiterbildungen für Beamt_innen im Dienst. Letztendlich müsse das Ziel darin bestehen, eine proaktive Polizei zu stärken welche konsequent gegen rechte und rechtsextremistische Tendenzen vorgehen könne.

Grundsätzlich sprach sich Pistorius gegen ein generelles strukturelles wie institutionelles



Boris Pistorius

Rassismus Problem innerhalb der Polizei aus. Dies bedeute jedoch nicht, dass es nicht durchaus Fälle von Rassismus und Racial Profiling gebe und dass es ein dringliches Anliegen sei, vehement gegen etwaige Tendenzen vorzugehen. Gerade deshalb sei die nun in Niedersachsen in Auftrag

gegebene Studie von großer Bedeutung, denn diese soll den Alltag von Polizist_innen genauer beleuchten und klären, wie sich rechtsextreme Tendenzen entwickeln und was diese begünstige. Auch müsse dringend aufgeklärt werden, inwiefern der Berufsalltag zu solchen Entwicklungen beitrage und welche Versäumnisse es gegebenenfalls bezüglich Weiterbildungen und Coachings gebe. Der Innenminister betonte, dass „grundsätzlich jeder Fall einer zu viel ist und deshalb die Ursachen gefunden, bearbeitet und Konsequenzen gezogen werden müssen“.

Nach diesem Impulsvortrag übernahm Prof. Thomas Grumke der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung in Nordrhein-Westfalen das Wort. Aktuell sei die Polizei in NRW aus ethnischer und geschlechtlicher Sicht noch nie so divers aufgestellt gewesen wie momentan. „In der Gesamtheit ist die aktuelle Polizei die beste, die wir je hatten“ sagte Grumke. So gingen alle



Prof. Thomas Grumke

Polizeianwärter_innen in NRW durch ein 3-jähriges, duales Bachelor-Studium und der mittlere Dienst wurde nun abgeschafft. Während des Studiums werde sich intensiv mit den Themen Rassismus und Diskriminierung auseinandergesetzt und den angehenden Polizist_innen werden diesbezüglich grundlegende und wichtige Kompetenzen und Methoden beigebracht.

Zudem werde sich auch eingehend mit eindeutigen Rassismus Vorfällen innerhalb der Polizei beschäftigt, beispielsweise mit dem Vorfall der rechtsextremistischen WhatsApp Gruppen der Mühlheimer Wache. Grumke betonte, dass die Studierenden oft sehr großes Interesse an diesen Fällen zeigten und deutlich ist, dass die angehende Generation den Willen habe, solche Fälle auch innerhalb der Polizei zu bekämpfen. Auch seien viele Anwärter_innen selbst von Alltagsrassismus betroffen. Problematisch jedoch sei, dass es in der Vergangenheit manchmal wirkte, als ob Polizei und Politik zu wenig Interesse daran zeigten entsprechende Untersuchungen einzuleiten und diesem Problem entgegenzuwirken.

Im Anschluss an die Impulsvorträge hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit über den Chat Fragen an die Referenten zu stellen und die Moderatorin Cosima Schmitt leitete diese an die Vortragenden weiter. So wurde unter anderem gefragt, welche Instrumente es gebe um rechtsextremistische Einstellungen innerhalb der Polizei zu erkennen und entsprechend gegen diese vorzugehen. Der Innenminister antwortete, dass es grundsätzlich nicht ganz so

einfach sei rechte politische Einstellungen von Rechtsextremismus zu unterscheiden. Denn es ist durchaus zulässig Mitglied der AfD zu sein und als Polizist zu arbeiten, da die AfD eine zugelassene Partei sei die nicht verboten ist. Erst wenn der/die Polizist_in beginnt sich im Berufsalltag diskriminierend und rassistisch zu verhalten oder zu äußern, könne man disziplinarisch dagegen vorgehen. Auch werde stetig versucht den Beamt_innen zu vermitteln, dass es sich bei der Meldung solcher Fälle nicht um Denunziantentum handle und dass es keine Rolle spiele, welchen Status ein Polizist habe oder wie lange dieser schon im Dienst sei – gibt es solche Vorfälle, so müssen diese umgehend gemeldet werden.

Zu diesem Thema gab es weitere Nachfragen und anregende Diskussionen im Chat, unter anderem wollten die Teilnehmenden wissen, ob die Hierarchie in der Polizei nicht gegebenenfalls auch ein Grund sein könnte, dass sich jüngere Polizist_innen nicht trauen gegen Dienstältere auszusagen. Grumke antwortete zu diesem Thema ausführlich und erläuterte, dass es dazu bereits Studien gebe die genau diese Dynamik untersuchten. Grundsätzlich müsse man zwischen Polizeikultur und Polizist_innenkultur unterscheiden und es ist zentrales Anliegen, diese beiden soweit wie möglich miteinander übereinzustimmen. Polizist_innen müssen grundsätzlich wenn sie Personen- oder Fahrzeugkontrollen machen angeben, auf welcher Rechtsgrundlage sie dies tun und welchen Anlass es zu dieser Kontrolle gibt. Werde als Anlass angegeben, dass jemand „komisch aussieht oder mir seltsam vorkommt“ so ist dies natürlich kein ausreichender Anlass und zudem illegal, da es gegen den Diensteid verstößt. Profiling war und sei schon immer ein Kern der Polizei Arbeit gewesen, aber Racial Profiling natürlich nicht. Gerade deshalb sei es wichtig, dass Polizist_innen Fälle, in denen Kolleg_innen Racial Profiling anwenden, unverzüglich melden damit sich dies auf keinen Fall wiederholen könne.

Grumke betonte, dass die Polizei eine Berufsgruppe darstelle, welche unter dem Mikroskop stehe und aufgrund ihrer Befugnisse und des Gewaltenmonopols sei dies auch grundsätzlich richtig so. Doch dürfe man dabei nicht vergessen, dass es ein hoch anspruchsvoller Job ist und dass auch Polizist_innen nur Menschen sind, die auch Fehlleistungen begehen. Diese in ihren Kontexten aufzuklären ist natürlich ein ebenso wichtiger Bestandteil der Polizeiarbeit, doch müsse man sich auch ins Gedächtnis rufen,

dass die Polizei ein wichtiger Teil des demokratischen Verfassungsstaates ist und wir deshalb auch pfleglich mit ihr umgehen sollten.